



François Mitterrand
Präsident der Französischen Republik

François Mitterrand
26. Oktober 1916 – 8. Januar 1966.
Französischer Politiker, Staatspräsident.
Philologie- und Jura-Studium.
1939 eingezogen, 1940 als Unteroffizier verwundet und deutscher Kriegsgefangener. Ende 1941 Flucht, kurzes Engagement unter Vichy, anschließend im Widerstand und für General de Gaulle tätig. 1946 Mitbegründer der linken Union Démocratique et Socialiste de la Résistance. Ab 1947 verschiedene Regierungsposten. 1971 erster Sekretär der Sozialistischen Partei PS. 1974 Führer der Opposition gegen Giscard d'Estaing. 1981 als Präsidentschaftskandidat der vereinigten Linken erfolgreich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit großer Freude habe ich die Einladung angenommen, die mir während meiner Deutschland-Reise, während meines Aufenthalts bei Frau und Herrn Schmidt ausgesprochen wurde, hier in diesem Club vor seinen Mitgliedern und einigen anderen Personen zu sprechen und sogar über die Grenzen des Clubs hinaus, der auch außerhalb Ihres Landes bekannt ist; ich kann hier über mehrere Themen sprechen, die mich zu einigen schnellen Anmerkungen verpflichten, da ich nicht mehr Ihrer Zeit als notwendig beanspruchen möchte, aber die es mir dennoch erlauben, einige Informationen einzuflechten, die nützlich sind, will man die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern im allgemeinen Kontext einer internationalen Lage, die wir nochmals beschreiben müssen, kennen lernen. Mit Interesse und auch mit Freude habe ich einen persönlichen Freund, den Bundeskanzler, wieder getroffen, der selbst erst kürzlich bei mir zu Gast war, und wir haben einen sehr intensiven Kontakt im Rahmen unserer Verantwortung, die wir mit dem Wunsch übernommen haben, die unbedingt notwendigen Beziehungen zweier Länder, die von der Geschichte und der Geographie gezeichnet sind, um eine gewichtige Rolle auf der Weltbühne zu spielen, bestens und harmonisch zu regeln.

Es ist ebenfalls eine große Freude, hier den Anschluss zu bringen, natürlich nicht genau dessen, was gerade hier vor 20 Jahren gesagt wurde, aber den Anschluss dessen, was Frankreich in Ihren Augen im Laufe seiner verschiedenen politischen Erfahrungen und seiner geschichtlichen Kontinuität darstellen kann. Bei meinen Reisen in Deutschland oder in deutsch-französischen Verhandlungen habe ich oft daran erinnert, dass unsere Beziehungen für mich nicht eine Sorge waren, die gestern entstanden ist. Ich war 1946 französischer Abgeordneter, das ist jetzt 36 Jahre her.

Ich bin Abgeordneter gewesen bis zu dem Zeitpunkt, wo ich französischer Staatschef geworden bin – und die ersten zu lösenden Probleme der schon vergangenen Zeit, die ich in Erinnerung rufen möchte, sind natürlich die der Hinterlassenschaften des Krieges. Ein Krieg, den ich mitgemacht habe, wie viele von Ihnen, aber nicht auf der gleichen Seite. Wir haben im Laufe des Jahrhunderts so viel Zwietracht kennen gelernt, was einige mit einem nicht sehr kühnen, aber sehr realen Wort „die Bürgerkriege Europas“ genannt haben, dass wir noch 1947 alle körperlich und geistig erschöpft waren. Im Laufe eines politischen Lebens hält man an einigen wichtigen Gegebenheiten fest, einigen freien Handlungen, die die grundlegenden Anhaltspunkte des eigenen Lebens sind. Es gibt davon nicht viele, nur einige, und es wäre im Übrigen ziemlich ermüdend, täglich nur für die Geschichte produzieren zu müssen. Aber 1947 ging es um die deutsch-französische Versöhnung. Ein erster europäischer Kongress fand in Holland, in Den Haag, statt. Ich war dort. Wie Sie selbst in Ihren Familien, in ihren Zuneigungen, in Ihrer Liebe zu Ihrem Land: welcher Kummer, welche Trauer! Wie leicht man gegeneinander den Streit aufrechterhalten konnte. Ich erinnere mich noch stark an diese ganz einfache Versöhnung zwischen den Gegnern von gestern; es war noch ein langer Weg, bis dieser erste Versuch eine wirkliche Gestalt annahm. Aber im Laufe der Zeit habe ich immer gewünscht, dass es möglich wäre, unsere Bindungen enger zu gestalten, nicht nur in Anbetracht unserer eigenen Interessen, obwohl diese nicht zu vernachlässigen waren, sondern auch, weil es mir schien, dass dieses deutsch-französische Paar für das Gleichgewicht in der Welt viel wichtiger war, als es Deutsche und Franzosen selbst glaubten; um das weiterzuführen, was uns gemeinsam ist und was sich zweifellos die Zivilisation nennt, zumindest eine Art der Zivilisation, die in der Geschichte der Menschheit eine bestimmte Bedeutung übernommen hat. Dann kam die poli-

tische Erfahrung, die Lehre der Verantwortung. Ich habe mehrere Staatsmänner treffen können, ich erinnere mich an das Treffen zwischen Adenauer und Mendes-France. Ich war sogar in dem Augenblick anwesend, in dem sie zum ersten Mal den Problemen ihrer Zeit gegenüberstanden. Ich werde nicht alle diese Erinnerungen wecken, die es um ihrer selbst willen wert sind, ins Gedächtnis gerufen zu werden, aber das ist nicht das Thema dieser Ausführungen; bis zu dem Tag, wo mir, von meinem Volk gewählt, die Möglichkeit gegeben war, den ersten Politiker, den ersten Verantwortlichen in Paris zu treffen, nicht einfach nur aufgrund des zufälligen Termins, sondern auch aufgrund des natürlichen Wandels der Menschen und der Dinge, das war Helmut Schmidt, Ihr Kanzler, der sich auf einer Freundschafts- und Informationsreise anlässlich einer Reise in die Vereinigten Staaten von Amerika befand. Und nach einigen anderen Besuchen im Laufe dieses Jahres bin ich nun heute zum ersten Mal in Hamburg, hier in diesem Club. Das erste Mal hat immer einen besonderen Reiz. Ich werde nicht wiederholen, dass es für mich eine Gelegenheit ist, mich an viele Deutsche und Franzosen zu wenden, wenn ich vor den Mitgliedern dieses Clubs das Wort ergreife. Ich danke dem Vorsitzenden und den Leitern dieses Clubs, und ich danke den Freunden und Verantwortlichen von Hamburg, die mir diese glückliche Gelegenheit gegeben haben.

Einen Bericht über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zu geben hieße, das Risiko auf sich zu nehmen, Bekanntes zu sagen und zu wiederholen. Aber wir gehen heute Nachmittag nicht von einer einfachen Information aus, wir gehen schon von einem hohen Grad an Überlegung aus, wenn ich nach den Themen der Reden urteile, die von diesem Pult aus gehalten worden sind oder nach dem letzten Text, dessen Inhalt ich kenne, nämlich dem Exposé von Bundeskanzler Schmidt selbst über die Probleme, die sich durch die weltweite Wirtschaftskrise stellen.

Ich soll in ungefähr einer Dreiviertelstunde, höchstens einer Stunde, die Geschichte der modernen Welt erzählen, ein übertriebenes Vorhaben, das Sie ein wenig im Stich lässt, da ich nicht auf alle Fragen antworten kann, die jeder von Ihnen sich stellt. Ich werde versuchen, meine Übersicht auf einfache Themen aufzubauen: Worin können das heutige Deutschland und das heutige Frankreich gemeinsam auf die Weltpolitik einwirken? Welches ist der Inhalt, welches sind die Grenzen ihrer Abkommen? Wo herrscht Harmonie, wo gibt es Schwierigkeiten? So wird man den gegenwärtigen Stand der Dinge feststellen, um in Zukunft unsere Verantwortung auf uns zu nehmen.

Man kann sagen, dass ganz allgemein bezogen auf internationale Probleme unsere Annäherung die gleiche ist. Diese Annäherung ist nicht nur das Ergebnis einer Reihe von glücklichen Umständen und einer natürlichen Neigung, obwohl diese vorhanden ist. Sie beruht auf klar definierten Interessen und ohne Zweifel auch auf der Tatsache, dass wir den gleichen Schwierigkeiten gegenüberstehen: Schwierigkeiten, die unsere Unabhängigkeit, unsere Freiheit, unsere demokratischen Entscheidungen, unser materielles Leben, unser tägliches Leben, die Entwicklung unserer Kulturen und ganz einfach den Frieden, d.h. das Überleben, einfach das Leben in Gefahr bringen. Es wäre ein Überleben, wenn man sich vorstellt, welches die Konsequenzen eines neuen weltweiten Konfliktes sein könnten, dessen erste Mitspieler, und nicht Zeugen, wir wären.

Ich werde später von unseren bilateralen Beziehungen sprechen. Ich versuche nun, unsere Lage in Europa zu untersuchen. Man sagt „Europa“. Tatsächlich handelt es sich um Westeuropa. Und wenn man dabei an die Gemeinschaft denkt, so handelt es sich nur um die Vereinigung der zehn westeuropäischen Länder, denn im Grunde genommen hätte Europa etwas anderes sein können als das Europa der Sechs, der Neun, der Zehn, morgen vielleicht der Zwölf. Ein Dolchstoß hat den Körper Europas zerrissen und bewirkt, dass Frankreich dazugehört, nicht aber Polen, Irland und nicht Österreich, Griechenland und nicht Schweden. Dennoch gehören sie auch zu Europa, wie das eigentliche Russland.

Und dennoch schätzen wir uns als Träger einer Art Hoffnung ein, die an Zivilisations- und Kulturformen gebunden ist, an eine bestimmte Geisteshal-

tung, an eine gewisse Art zu sein oder Probleme zu verstehen, an Jahrhunderte und Jahrhunderte von Antagonismen, von Zusammentreffen, an schriftstellerische und künstlerische Werke, an einen Austausch. Kurz, wir sind, so denken wir, Europa. Seien wir darauf stolz und gleichzeitig demütig.

In diesem Europa erfüllen Deutschland und Frankreich eine eminente Rolle, schon aufgrund ihrer demographischen Präsenz, ihrer wirtschaftlichen Macht, ihrer vielseitigen Beziehungen in der ganzen Welt, eines glorreichen Erbes. Dieses Erbe ist in absoluten Werten weder besser noch überragender als das Erbe der anderen. Man kann sogar sagen, dass andere die gleichen Verdienste und sogar höhere haben, je nachdem, von welcher Kategorie man ausgeht. Aber es ist keine Frage, dass es sich um zwei Länder handelt, die nicht nur für das Europa, von dem ich rede, unverzichtbar sind, sondern deren Gleichgewichtsfaktor bestimmend ist.

Innerhalb dieses Europa sehe ich schon seit langem keine Unstimmigkeiten zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Selbst in Bezug auf die neueren Ereignisse, die unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen – sie neigen übrigens seit einigen Wochen dazu, sich zu häufen –, und auf die Art, wie wir z.B. die Entwicklung Europas betrachten. Es stimmt, dass im Laufe der letzten Jahre die Deutschen sich vielleicht, ich will nicht sagen gemeinschaftlicher fühlen, aber doch den Wunsch haben, Europa eine noch organisatorischere Bedeutung zu geben, während seit fast einem Vierteljahrhundert, nach den überwältigenden Ansatzpunkten aus der Zeit von Jean Monnet und Robert Schuman, Frankreich vielleicht den Akzent mehr auf das gesetzt hat, was man das Europa der Vaterländer nennt, was häufig das Europa der Staaten geworden ist, d.h. mit ein bisschen weniger gemeinsamer Organisation. Das heißt dennoch nicht, dass die Gedanken nicht dabei waren. Davon bleibt auch heute etwas. Man wird Frankreich noch häufig sehr besorgt sehen, in den europäischen Debatten seine Entscheidungsfähigkeit zu behalten, seine Möglichkeit, Nein zu sagen, obwohl ich selbst darauf bedacht bin, dass dies wirklich nur in besonders schwierigen Fällen eintritt und dass die Praktiken Europas nicht nur eine Anhäufung von Neins oder von gegenseitigen Weigerungen sind. Ich glaube, dass man das bewahren muss, was über die Römischen Verträge hinausgeht, dass diesbezüglich nicht *stricto sensu* interpretiert werden soll und dass die seit damals geschlossenen Abkommen, vor allem die von Luxemburg, berücksichtigt werden müssen. Aber schließlich kann der Begriff der vitalen Interessen nicht, wie man es sehr umgangssprachlich ausdrücken würde, alle naselang angewandt werden. Man kann nicht jeden Morgen mit einem vitalen Interesse aufwachen, so wie es einige unserer Partner tun, und von morgens bis abends und von abends bis morgens vitale Interessen ansammeln, sodass man von Europa in der Vergangenheit sprechen müsste!

Vitales Interesse. Ja, Frankreich wird stark an diesen Begriff gebunden bleiben und wird nicht so leicht oder sogar gar nicht akzeptieren, dass die Mehrheit ungerechtfertigt in die Verteidigung seiner vitalen Interessen eingreifen kann. Aber ich glaube, man braucht einen offenen Geist, Bestimmtheit und vor allem einen politischen Willen, und dieser politische Wille führt zum Aufbau Europas, was voraussetzt, dass das Ja das Nein überstimmt.

Nun, in Bezug auf konkrete Probleme stellte sich kürzlich die Frage nach der Festsetzung der Agrarpreise. Es gibt eine Art, den europäischen Haushalt zu verstehen, wohlgemerkt mit leichten Veränderungen, die uns manchmal in Opposition zu diesem oder jenem Aspekt der Agrarpolitik bringen oder zu der Interpretation, dass wir Gewinne auf Kosten dieser Gemeinschaft machen, wo jeder von uns das zweifellos übertriebene Gefühl hat, das größte Opfer zu sein, selbst wenn wir begünstigt werden.

In alldem liegt ein Verhalten, durch das unsere beiden Länder fest verankert sein sollen und durch das in Bezug auf die wichtigsten Entscheidungen innerhalb Europas unsere Diskussionen nicht eine Teilung bedeuten, sondern nur Unterschiede in der Bewertung der Modalitäten, des Rhythmus, der zu stellenden Bedingungen, der Erweiterung z.B. des gemeinsamen Agrarmarktes darstellen.

Es ist möglich, dass wir nicht immer die gleiche Auffassung von der mone-

tären Entwicklung in Europa haben. Es ist gewiss, das habe ich vorhin schon gesagt, dass wir in Bezug auf Organe und Institutionen keinen unterschiedlichen Marschrhythmus haben können. Ich kenne heute kein Europa betreffendes Problem, über das sich zu einigen wir nicht in der Lage sind. In den meisten Fällen erfolgt diese Einigung instinktiv, natürlich, sofort. So erlebe ich es praktisch seit einem Jahr. In einigen Fällen, ich wiederhole es, in sehr seltenen Fällen, ergibt sich die Einigung aus Gesprächen. Diese Gespräche sind heftig oder leicht. Es gibt kein Beispiel, dass nach einem Gespräch eine Einigung nicht erzielt wurde.

Man kann sagen, dass, unter Berücksichtigung dessen, was man vom Menschen, von den Gesellschaften und den Interessen des Staates weiß, die vorteilhaften Umstände, gemeinsam eine gemeinsame Politik zu treiben, in der Geschichte selten sind.

Sie wissen, dass unsere beiden Länder in der Atlantischen Allianz eine unterschiedliche Stellung einnehmen. In dem einen Fall ergibt sich dies aus dem Krieg und aus den Auflagen, infolge deren Deutschland gewisser Fähigkeiten, gewisser Rechte, besonders im Bereich seiner Rüstung, beraubt ist. Das ist eine Tatsache – ich möchte nicht über den Grund diskutieren, der aus einer schon alten Situation herrührt.

Frankreich konnte sich im Rahmen dessen, was wir Abschreckungsstrategie nennen und deren Sinn Sie sofort verstanden haben, mit Kernwaffen ausrüsten: Das bedeutet das, was es bedeutet, wenn man in seinem Wörterbuch nachschlägt, d.h., dass Frankreich gegen niemand eine Offensive starten wird. Sie können sich vorstellen, was auch immer das in Bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet? Es sind unsere Freunde und unsere Verbündeten, das ist keine Frage. In Bezug auf die Sowjetunion? Wir haben nicht die geringste Absicht. Wir stehen in freundschaftlicher historischer Beziehung zum russischen Volk, und die Unstimmigkeiten, die wir mit seinen Führern haben können, sind nie so weit gegangen, dass wir uns vorstellen konnten, ein solches Verhalten zu zeigen.

Es geht also um die defensive Lage, für die wir unser Gebiet, falls es je angegriffen werden sollte, sehr gefährlich für den Angreifer machen, dass die Verluste oder die Schäden, die dieser erleiden würde, es nicht wert wären, einen Krieg anzufangen. Wir handeln also so, dass unsere Streitkräfte so furchterregend sind, dass niemand versuchen wird, unser Land anzugreifen. Wir versuchen, abzuschrecken.

Diese strategische Theorie wird weiterhin die Grundlage der französischen Militärpolitik sein. Das bringt gewisse Konsequenzen mit sich, die Sie leicht verstehen werden. Eine solche Waffe kann nicht mehreren zur Verfügung stehen. Das Land, das darüber verfügt, wird die letzte Entscheidung treffen, da das Leben selbst, das physische Leben des Landes davon abhängt. Davon abgesehen kann kein fremdes Land, und wäre es der beste Freund, sich an die Stelle der Entscheidung des Verantwortlichen Frankreichs setzen; sogar kein anderer Franzose, keine andere Macht, keine andere Institution kann die Entscheidung des Präsidenten der Republik Frankreich ersetzen.

Daher gehört Frankreich der militärischen Integration der Atlantischen Allianz nicht an. Es ist also immer angebracht, zu unterscheiden. In einigen Wochen werde ich z.B. nach Bonn kommen, um der Eröffnung der Atlantischen Gespräche beizuwohnen. Ich habe manchmal sagen hören, und zwar kürzlich auch von amerikanischer Seite, dass es sich dabei um die Konferenz der integrierten militärischen Organisation der NATO handele, und ich habe geantwortet: „Wenn es erlaubt ist, aber in diesem Fall wird Frankreich nicht teilnehmen; wenn es um die Atlantische Allianz geht, wird Frankreich selbstverständlich anwesend sein.“ Eine feinsinnige Unterscheidung? Nein, nicht so feinsinnig. Es ist normal, dass ein Bündnis bestehen kann, die Geschichte zeigt uns dieses Beispiel ständig, ohne dass notwendigerweise eine integrierte Befehlsgewalt besteht. Konsultationen, Solidarität, was bedeutet ein Bündnis, wenn nicht gegenseitige Hilfe, das heißt Gleichheit der geleisteten Dienste und gemeinsamer Schutz von gemeinsamen Interessen? Das verpflichtet nicht notwendigerweise zu einer Befehlsgewalt, die tatsächlich nur einem Einzigen unterliegen würde, die nicht unsere wäre. Und wir können die

Sicherheit, das Leben Frankreichs nicht von Überlegungen abhängig sein lassen, die 5000 km von uns entfernt getroffen werden. Überlegungen, die, so interessant sie auch waren, nicht immer, so habe ich festgestellt, mit unseren und auch meinen eigenen Vorstellungen über die Wirklichkeit Europas und die Wirklichkeit Frankreichs übereinstimmen.

Daher befinden sich Deutschland und Frankreich nicht in den gleichen Versammlungen. Sie haben nicht die gleiche militärische Verantwortung. Dennoch haben wir im Laufe von tief greifenden Gesprächen, die ich mit dem Kanzler und mit Herrn Genscher, mit den Hauptverantwortlichen der deutschen Politik, hatte, eine Reihe von Dispositionen getroffen, über die nicht weiter gesprochen werden muss, aufgrund deren unsere Beziehungen, unsere gegenseitigen Informationen, die richtigen Vorsichtsmaßnahmen, die ergriffen werden müssen, damit jeder in Kenntnis der Ursache das Interesse seines Landes einschätzen kann, leicht im Interesse der beiden Länder koordiniert werden können. Alles, was in diesem Sinne getan werden kann, wird getan werden.

Ich möchte sagen, dass ich die Bundesrepublik Deutschland für ein großes, wichtiges Land halte und dass ich verstehe, dass unter keinen Umständen der Unterschied der derzeitigen Situationen, Zufallsfrucht der Zeit, sich in der Tatsache niederschlagen kann, dass sie über das Mittel verfügt, ihre Unabhängigkeit und das andere Land zu sichern.

Gewiss, in der Situation von 1982 bedeutet das auch, dass wir dahin geführt werden können, die Art, in der wir gegenüber den Entscheidungen unserer amerikanischen Verbündeten handeln oder reagieren müssten, anders zu verstehen. Und dennoch, trotz dieser grundsätzlichen Petition beobachte ich in der Realität, dass die Politiken von Deutschland und Frankreich sich sehr nahe sind, wenn sie nicht sogar meistens identisch sind, einschließlich in der schwierigen und praktischen Prüfung des Materials, der Waffen, von allem, was Rüstung ist. Klassische und konventionelle Rüstung, ja, das gilt für Deutschland, und das gilt auch für Frankreich: Wir verfügen über konventionelle Kräfte. Kernwaffen: Das gilt nur für Frankreich, ja. Aber es gibt Kernwaffen auf deutschem Boden, so dass Deutschland, ob es will oder nicht, in diese weitreichende Diskussion verwickelt ist, die mich natürlich gleich dazu bringt, von den Ost-West-Beziehungen zu sprechen.

Ich muss sagen, dass, wenn ich die beträchtlichen Anstrengungen sehe, die Ihr Land und mein Land unternommen haben, es sehr schwierig ist, ich würde sogar sagen undiskutabel, dass wir selbst einfach Ratschläge annehmen, während eine vergleichbare Anstrengung von unserem Hauptverbündeten nicht erfüllt wird, vor allem im konventionellen Bereich oder besser in den konventionellen Traditionen der Armee, wobei es sich z.B. um die Konskription, das heißt um den Einsatz von Menschen, handelt.

Wir haben diese Atomstreitmacht, und wir gehören zu den Verantwortlichen, d.h. zum Generalstab der Armee, zur Regierung, zum nationalen Verteidigungskomitee, und wir sind mit dem Problem der Neutronenbombe konfrontiert. Wir sind in der Lage, diese sofort herzustellen: Die Entscheidung ist nicht getroffen, sie kann aber getroffen werden. Es gibt gewiss humanitäre Gründe dagegen, aber diese Argumente gelten für alle Waffenarten, das heißt für alles, was tötet. Es gibt ebenfalls strategische Bedingungen, über die Frankreich nachdenkt, damit es keine Widersprüche gibt zwischen den verschiedenen Arten seiner Waffen und seiner Abschreckungsstrategie. Dies muss untersucht werden. Und dann stellt sich noch eine andere Frage – ich bleibe beim Thema der deutsch-französischen Beziehungen –, es gibt einige Waffen, die den deutschen Boden mit hineinziehen. Von da an, wenn die französische Entscheidung natürlich meine ganze Verantwortung zur Folge hat, betrachte ich es als eine Aufgabe, das zu kennen und zu schätzen, was von seinen führenden Politikern als Interesse Deutschlands verstanden wird. Das sind die Themen, die wir tagtäglich behandeln müssen. Ich werde in einer derartigen Konferenz für diese oder jene Form militärischer Zusammenarbeit nicht Partei ergreifen. Man spricht über Panzer oder anderes, hier und unter diesen Umständen ist das nicht meine Rolle; ich weiß ungefähr, an welchem Punkt Ihre internen und parlamentarischen Diskussionen angelangt sind. Ich

sage einfach, dass, welches auch immer das Anwendungsfeld unserer militärischen Gespräche sein soll, man darauf achten muss, dass eine Zusammenarbeit aufrechterhalten werden kann.

Denn wenn jeder für sich auf seiner Seite arbeitet, ohne zu berücksichtigen, was unsere wichtigste Macht tut, d.h. unsere Entente, geht man das Risiko ein, abzuweichen und sich nach und nach gegenseitig an unterschiedliche Interessen anzubinden. Diese Atlantische Allianz, ein defensives Bündnis, in einer geographisch bestimmten Zone. Es darf nicht verwechselt werden: Nicht alle Konflikte, die auf der Erde auftauchen, verpflichten die Mitglieder der Allianz, sich automatisch durch die Entscheidungen verbunden zu fühlen, die ein Einzelner getroffen hat. Aber überall dort, wo diese Allianz geographisch zur Anwendung kommt, müssen bald die Institutionen eingreifen. Sie greifen nicht immer ein, und ich wünschte, dass die Allianz öfter verstanden wird als die Entscheidung der Verbündeten und nicht nur als die Mitteilung eines Verbündeten an die anderen, als eine Entscheidung, die er getroffen hat. Ein Bündnis ist nicht einfach eine Presseagentur oder auch eine Nebenstelle der Post oder eine, übrigens subalterne, Form der Literatur. Ein Bündnis ist eine gegenseitige Verpflichtung, auch unter der Berücksichtigung, dass eine Identität in der Notwendigkeit zu leben und zu überleben besteht, dass aber häufig Differenzen in der Verantwortung bestehen. Das muss berücksichtigt werden, und wir wären ungerecht und unvorsichtig, die beträchtlichen Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika zum Schutz der freien Welt zu verneinen oder zu ignorieren. Das bleibt mir immer im Gedächtnis, und ich hege gegenüber diesem Volk und diesem Land eine große Anerkennung, eine sehr große Dankbarkeit, vor allem, wenn ich daran denke, wie die Vereinigten Staaten und Frankreich seit zwei Jahrhunderten gelebt haben. Aber das untersagt mir nicht, das zu sagen, was ich gerade gesagt habe, denn ich glaube, dass eine gute Freundschaft eine klare Sprache voraussetzt.

In den Beziehungen mit dem Osten findet man genau die Anwendungspunkte von allem, was vorangegangen ist. Dass Westeuropa sich bedroht fühlt, wenn am Horizont ein Ungleichgewicht der Kräfte zum Nachteil der Allianz, der wir angehören, auftaucht, versteht sich von selbst. Nicht nur, weil wir das Risiko eingehen würden, uns in einer schwachen Situation zu befinden, sondern auch, weil, wenn man in der Analyse des Gleichgewichts weitergeht, ich glaube, dass der Frieden noch und weiterhin mit dem Gleichgewicht der Kräfte verbunden ist, wenn dies auch bedauerlich ist. Das Gleichgewicht der Kräfte in der weltweiten Strategie ist für mich eine Sache, die mich immer nach diesem Fixpunkt einschätzen lässt: Ist es der Osten, ist es der Westen, der sich in der Lage befindet, den anderen anzugreifen?

Ich pflege diese Argumente hinsichtlich der Allianz, meiner Allianz, wie hinsichtlich denjenigen von gegenüber oder denjenigen von nebenan, ohne besondere Gefälligkeit für mein Lager, wobei selbstverständlich ist, dass ich mit den getroffenen Entscheidungen nicht weniger solidarisch bin. Und ich habe daraus persönlich geschlossen, trotz der mit dieser Art der Überlegung und den mir gelieferten Informationen verbundenen Widersprüche, dass, wenn in weltweiter strategischer Hinsicht ein gewisses Gleichgewicht bestehen bleibt, bis zum letzten Jahr die Tendenzen uns in den Jahren 1985 bis 1990 zu einer gewissen Unterlegenheit der Atlantischen Allianz gegenüber dem Warschauer Pakt führen könnten.

Von da ab stimme ich mit denen überein, die sagen: Treffen wir unsere Vorichtsmaßnahmen, stellen wir das potenzielle Gleichgewicht wieder her, oder besser das virtuell bedrohte, denn in diesem Bereich, das wissen Sie gut, und Sie als Unternehmer in Ihren Geschäften wissen es, wenn man in Bezug auf die Modernisierung der Rüstung nicht auf fünf Jahre plant, auf zehn Jahre, auf 15 oder manchmal 20 Jahre, ist es zu spät, wenn man aufwacht. Man muss also berücksichtigen, dass man heute wissen muss, ob das Gleichgewicht der Kräfte in zehn Jahren aufrechterhalten wird. Und es scheint mir, dass die Tendenzen der Jahre 79 und 80 zu einem Ungleichgewicht zum Nachteil der Atlantischen Allianz führen könnten. Daher habe ich gesagt: Stellen wir das Gleichgewicht wieder her. Ich habe nicht gesagt: Stellen wir dieses Gleichgewicht wieder her, um eine zweite Etappe einzuleiten, die, während sie eine

Überlegenheit der Atlantischen Allianz sichert, für die Sowjetunion und für alle Länder Osteuropas bedrohlich wird.

Natürliche Versuchung! Es wird gelingen, das Gleichgewicht der Kräfte herzustellen; danach möchte man dann der Stärkste sein; in diesem Moment, so denkt man, hat man den Frieden, Nein, gerade in diesem Moment hat man ihn nicht, oder besser, weil dieses Ungleichgewicht gefürchtet wird, werden die Etappen übersprungen, und derjenige, der das Risiko eingeht, sich in einer unterlegenen Position zu befinden, wird nicht auf diesen Moment warten, und man beschleunigt so das Risiko des Konflikts.

Aber innerhalb dieses Weltgleichgewichts gibt es das Problem Europa. Und auf der Ebene dieses Europas, muss ich sagen, herrscht offenkundiges Ungleichgewicht. Ich kann mich nicht unentwegt auf das Gleichgewicht in der Welt beziehen, wenn ich weiß, dass mein Land in Europa liegt, es sei denn, ich gehe davon aus, dass mein Land von der Weltkarte verschwindet! In Europa scheint mir dieses Gleichgewicht also bereits eigenartig farblos. Ich stelle fest, dass die konventionelle Macht der Sowjetunion und des Warschauer Paktes in Europa von wirklicher, unbestreitbarer und erheblicher Präsenz ist. Als Gegengewicht gegen dieses Ungleichgewicht kamen die so genannten „Vorgeschobenen Kräfte“ des amerikanischen strategischen Systems. Dieses nennt man taktisch, aber ich glaube, dass uns hier die Semantik täuscht. Taktisch ist, was den Atlantik nicht überquert, und strategisch, was ihn überquert: Diese Unterscheidungen erscheinen mir sehr seltsam, zumindest höchst seltsam für ein europäisches Land, das sowohl durch taktische wie durch strategische Streitkräfte zerstört werden kann. Für ein solches Land kommt beides auf eines heraus. Das ist der Fall für uns, und das ist auch der Fall für Deutschland.

Das vorgeschobene amerikanische System sollte also das Gleichgewicht wiederhergestellt haben. Möglicherweise hat es es übertroffen. Und schon beginnt die Sowjetunion, ihre Raketen zu modernisieren. So haben wir ein so genanntes SS-20-Raketensystem, von dem nach unseren Ermittlungen alleine 150 genügen würden, um in einer Viertelstunde bis zwanzig Minuten sämtliche militärischen Anlagen Westeuropas von Norwegen bis Italien zu zerstören. Schon 150, und es soll deren mehr als 200 geben. Ich habe dies vor der Nationalversammlung gesagt, als ich Mitglied der Opposition war. Es ist also nicht das Zusammentreffen von Ereignissen und auch nicht, weil ich was weiß ich für eine interne französische Situation erhalten möchte. Wer diese kleinliche Rechnung aufmacht, würde recht bald von der Geschichte eines Besseren belehrt. Schon lange bin ich der Auffassung, dass dieses Ungleichgewicht korrigiert werden muss, und schon lange forderte ich den Abzug der SS 20.

Anschließend wurde verkündet, die NATO und insbesondere die USA könnten auf europäischem Boden, vor allem in Deutschland, die berühmten Pershing II stationieren, die wiederum einen taktischen, aber auch einen strategischen Vorteil bedeuten, denn mit dieser Waffe lassen sich in derselben Weise die Lebenszentren der Sowjetunion treffen wie mit den in den USA stationierten strategischen Waffen. Russland fühlt sich also in der Zukunft bedroht, denn es handelt sich um eine Stationierung ab dem nächsten und für die folgenden Jahre.

Die Diskussion beginnt und der Rüstungswettlauf. Wird es dazu kommen? Die Völker, auf deren Boden diese neue Streitmacht stationiert werden soll und die vermutlich bei der Entscheidung nur zweitrangige Stimme haben werden, sind beunruhigt. Zu Recht oder zu Unrecht? Es ist nicht an mir, dies zu entscheiden, wir sind nicht Mitglied der integrierten Kommandos der NATO und werden nicht an Stelle derer entscheiden, die dazugehören. Aber wir haben ein Interesse am Kräftegleichgewicht in der Welt als Mitglied der Atlantischen Allianz und als großes europäisches Land. Und wir sagen: Freunde, lasst uns Gleichgewicht schaffen. Dieses Gleichgewicht lässt sich nur auf dem Wege von Verhandlungen erreichen. Lasst uns nicht verhandeln, bevor wir klare Entscheidungen getroffen haben. Sie sind getroffen: Jeder hat seine Karten auf dem Tisch, aber da sie getroffen sind, lasst uns verhandeln! Aus diesem Grunde hat Frankreich die Eröffnung der Genfer Verhandlungen lebhaft begrüßt und ist beunruhigt über die laue Haltung der Akteure. Die

Sowjetunion muss wissen, dass der Nullpunkt nicht mehr der ist, der bisher von den einen oder den anderen zitiert wurde. Der Nullpunkt kann nicht mehr einfach Abzug von einer Kategorie Waffen auf der einen Seite heißen, ohne etwas Entsprechendes auf der anderen Seite. Der Nullpunkt bedeutet Streitkraft, Macht, Reichweite der Waffen, Stationierungsort, Kontrolle, die von den Technikern zu bestimmen sind, so dass eine Situation entsteht, in der die beiden Lager sich beobachten, ohne Lust zu haben, sich anzugreifen. Dieses kann nur das Ergebnis von Verhandlungen sein. Aber zunächst muss die Sowjetunion wissen, dass, wenn es durch ihre Schuld oder durch ihren mangelnden Handlungswillen – zum Beispiel war es klar, dass das Einfrieren der Situation eine unzureichende Sache war – so weitergeht, man auf beiden Seiten zu einer Überrüstung mit allen damit verbundenen Risiken kommen wird und dass die Wirtschaft dieses nicht lange wird zulassen können.

Die Mitglieder der Atlantischen Allianz müssen jedoch auch wissen, dass, wenn die Verhandlungen zu diesem wünschenswerten Nullpunkt kommen – und ich wiederhole, es handelt sich nicht um den Punkt, von dem ich hier und dort bisher gehört habe –, warum dann noch weitergehen? Es wird ständig von Abrüstung gesprochen. Ich möchte, dass Abrüstung verstanden wird als etwas anderes als eine leichte Begrenzung der Überrüstung, denn diese ist immer ein gefährliches, wenn nicht tödliches Weitermachen.

Nun gut, wir sind also solidarisch mit der Allianz in diesem Vorgehen, selbst wenn die Geographie, und nur diese, Deutschland und Frankreich zu anderen Überlegungen und anderen Sicherungen treiben könnte; wir wollen in dieser Allianz unsere Rolle voll spielen in den Beratungen für eine gemeinsame Entscheidung.

Wir spielen dort nicht dieselbe Rolle aufgrund der Verschiedenartigkeit unserer Rüstung. Wir sind militärisch nicht unter demselben integrierten Oberbefehl, aber wir sind uns gleichermaßen der Notwendigkeit bewusst, das Gleichgewicht sicherzustellen, und dieses rechtfertigte die Rüstungsbeschlüsse der letzten Monate. Frankreich hat seinerseits den Bau eines siebten nuklearen Unterseebootes beschlossen, denn bei sieben U-Booten könnten drei ständig unter Wasser sein, und mindestens drei sind nötig, um die Kontrolle der Meere zu sichern. Ich habe soeben über den Forschungsstand in Sachen Neutronenbombe gesprochen. Dieses sind nicht die einzigen Bereiche unserer Rüstung, die für uns, wie Sie sich vorstellen können, eine schwere Belastung des Budgets darstellen. Aber zu jedem dieser Punkte sehen Deutschland und Frankreich heute das Kräfteverhältnis aus der gleichen Sicht, so wie auch die Methode, die Verhandlung, nachdem die Gefahr des Abbruchs der Verhandlung in ähnlicher Weise klar gesehen wird.

Das ist, glaube ich, eine der Stärken dessen, was ich – über die Allianz hinaus – die deutsch-französische Freundschaft nennen könnte.

Wenn man zum Beispiel von Sanktionen spricht, so wissen wir sehr wohl, dass die Sowjetunion nicht alles machen kann. Ja, es ist richtig, dass man in manchen Bereichen, wenn es an den wünschenswerten Gesten des guten Willens mangelt, wenn es um so genannte strategische Produkte geht, die zur Errichtung gefährlicher militärischer Kräfte beitragen könnten, normalerweise vorsichtig vorgeht, kontrolliert oder sogar die Handelsbeziehungen in diesem Bereich abbricht. Es ist normal, dass man mit den Mitteln des Kredits und der Zinsen versucht, weiterzukommen. Wenn man jedoch von uns verlangt, sämtliche Handelsbeziehungen zur Sowjetunion abzurechnen, antworte ich und werden die Deutschen antworten: „Wir sind doch nicht im Krieg miteinander; die Wirtschaftsblockade ist ein Kriegsakt, der im Übrigen nie erfolgreich ist, es sei denn als erste Stufe eines gewonnenen Krieges; einzeln genommen hat er keinen Sinn.“

Kürzlich habe ich an die Worte von Herrn Mugabe, Premierminister von Zimbabwe, ehemals Rhodesien, erinnert, der sagte: „Es ist doch eigenartig! Während der Blockade fehlte es uns an nichts! Jetzt, wo die Blockade aufgehoben ist, fehlt es uns an allem!“

Ich kann mir sehr gut vorstellen, was passieren würde, wenn Länder wie die unsrigen sich anschicken würden – wozu es keinen Anlass gibt –, einen Krieg vorzubereiten oder eine kriegerische Haltung einzunehmen.

Auch wir haben unsere Geschichte und unsere Tradition, und selbst wenn Handel und Austausch mit der Sowjetunion schwach sind – schwach im Falle Deutschlands und noch schwächer im Falle Frankreichs –, gibt es dennoch eine ganze Reihe kommerzieller, wissenschaftlicher, technischer und zwischenmenschlicher Beziehungen, die unerlässlich sind, soweit sie nicht unseren Lebensinteressen entgegenstehen oder widersprechen.

Zum Beispiel war man erstaunt über den Abschluss von Gasverträgen mit der Sowjetunion. Ich erinnere mich, dass uns die Frage bereits in Ottawa gestellt wurde, nicht wahr, Helmut? Wir sagten darauf: „Dies gehört in den Bereich unserer Souveränität, wir überwachen nicht die Handelsgeschäfte anderer Länder.“ Wir wollen nicht alle Brücken abbrechen, auch wenn wir das sowjetische Vorgehen, vor allem im Hinblick auf Polen, ablehnen, und ob wir es ablehnen. Für Frankreich bedeutet das fünf Prozent unserer Energieversorgung 1990, fünf Prozent. Das ersetzt die derzeitige Versorgung mit Erdöl und Kohle, und wir fühlen uns damit nicht abhängiger. Ich füge hinzu, und das war auch eines meiner Argumente gegenüber Herrn Reagan, dass es mich weitaus mehr interessiert, einen Vertrag in Französischen Francs zu unterzeichnen als in Dollar. Damit – und darüber müsste man vielleicht diskutieren – ist es schwierig, die strikte und absolute Einhaltung einer militärischen Allianz zu fordern, in der man gemeinsam seine Existenz verteidigt, während bei dem lieben Alliierten, dem lieben, lieben Alliierten, das Gefühl vorherrscht, dass es in den wirtschaftlichen Beziehungen keinen Frieden gibt.

Wir allein sollten fehlerlos sein? Wir werden es sein in der Solidarität angesichts der Lebensbedrohung des Krieges oder des drohenden Krieges, denn es ist richtig, dass man bei der sowjetischen Strategie bedenken muss, dass diese natürlich immer versucht, durch die Drohung mit Krieg zu erreichen, was man mit Krieg selbst nicht zu erreichen wagt. Dessen ungeachtet ist meine Absicht, Frankreich unter allen Umständen seine freie Wahl zu erhalten, und unsere energiepolitische Unabhängigkeit erreichen wir durch die Diversifizierung der Versorgungsgüter sowie der Bezugsländer. Wir sind Herren dieser Strategie und gedenken es auch zu bleiben.

Die gleiche Überlegung gilt für unsere Übereinstimmung im Verhalten gegenüber der Dritten Welt. Wir trafen uns, wie ich sagte, in Ottawa, wir trafen uns in Cancun, wir treffen uns immer wieder, denn wir gehören zu denjenigen, die der Auffassung sind, dass die Entwicklung des Handels wesentlich damit zusammenhängt, dass die Entwicklungsländer nicht dem direkten Druck der Gesetze eines Marktes ausgesetzt sind, der nicht alleine die Art der notwendigen Strukturen vorhersehen kann. Wir unterstützen den Versuch, Nahrungsmittel-Autarkie mit den Mitteln hoch technisierter Landwirtschaft zu entwickeln und andere Energiequellen neben dem Erdöl aus dem Boden oder der Atmosphäre dieser Länder zu erschließen. Wir suchen vor allem nach Wegen, die Rohstoffpreise insbesondere der armen Länder mit nur einem oder zwei kommerzialisierbaren Rohstoffe zu stützen, so dass Parallelentwicklungspläne verwirklicht werden können. Aber wie wollen Sie solche Pläne auf zwei Jahre mit der Elfenbeinküste machen, wenn der Kaffeepreis sich von einem Jahr auf das andere um 70 Prozent verändert?

In der UNO vertreten wir einen gemeinsamen Standpunkt in der Unterstützung der so genannten Globalverhandlungen sowie auch innerhalb der Fachinstitutionen, die wir nicht mit der Organisation der Vereinten Nationen verwechseln wollen – vor allem das Projekt einer Energiefiliale der Weltbank, Erhaltung und Stärkung der Strukturen des Internationalen Währungsfonds, GATT-Verhandlungen, die es zu erneuern und zu verstärken gilt – ich kann sagen, dass wir uns aufgrund unserer Einstellung stets auf derselben Seite in den Verhandlungen wiederfinden, an denen wir beteiligt waren.

Das war eine Bilanz, ich bin gezwungen, sie zu raffen.

Ich wollte Ihnen lediglich sagen, dass es einen einzigen Punkt gibt, den es zu vertiefen gilt, über den man diskutieren muss, um vielleicht zu besserem Verständnis zu kommen, einen einzigen Punkt, der vielleicht dem Sinn dieses Vortrags widersprechen könnte, das ist die Art, wie wir versuchen, mit der Weltwirtschaftskrise fertig zu werden. Diese Krise muss analysiert werden, und es muss nach ihren Gründen gesucht werden. Ich glaube, auch in dieser

Hinsicht stimmen unsere Ansichten überein. Hier die meinen.

Für mich ist im Wesentlichen der technologische Wandel eine der Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise. Man produziert mehr und besser als vorher, und selbst bei starkem Bevölkerungszuwachs in der Welt verfügen wir über genügend fortschrittliche Technologien, um den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht zu werden als im 19. Jahrhundert oder sogar noch bis zum Jahr 1950. Warum gibt es nun die Krise? Weil der technologische Wandel bewirkt hat, dass in etwas schwerfälligen Gesellschaftsformen, wo sich die verschiedenen Interessen nur mühselig aufeinander einstellen, neue Berufe entstanden, neue Industrien aufkamen und diese Industrien von gewissen Ländern, besonders von einigen Ländern des Pazifik, von gewissen kapitalistischen Industrieländern der Alten Welt entwickelt wurden. Schon vor Jahrzehnten hätte dieser technologische Wandel sofort ungeheure Anstrengungen bei der Ausbildung der Menschen hervorrufen müssen in einem Augenblick, wo man die Krise in der Textilwirtschaft, die Krise der Eisen- und Stahlindustrie, die Krise bei verschiedenen Formen der Hüttenindustrie und, bei uns in Frankreich, die Krise in der Holz- und Lederindustrie heraufkommen sah und das Nichtvorhandensein einer Werkzeugmaschinenbranche feststellen musste. All dies hätte uns sofort unsere Konkurrenzunfähigkeit auf dem internationalen Markt zeigen müssen. Man hat es erlebt, dass Industriezweige verschwanden und Arbeiter entlassen wurden, um Taschentücher oder Strümpfe 13 000 oder 14 000 km weit entfernt herstellen und von dort herkommen zu lassen, natürlich zu günstigeren Preisen. Selbstverständlich ohne die Qualitäten dieser Herstellervölker in Frage zu stellen, war dies nur möglich, weil die Löhne, die oft Hungerlöhne sind, kontrolliert werden konnten, weil jeglicher soziale Schutz fehlte oder weil es in manchen Fällen um autoritäre Regime ging, die Forderungen der Arbeiter kaum zulassen. Es gibt auch Länder, die besser arbeiten und die keine der eben von mir vorgetragenen Kritiken verdienen, die aber besser als wir, mit mehr Intelligenz, sagen wir, sich schneller die modernen Technologien angeeignet haben. Dieser technologische Wandel hat eine ungeheure Unordnung bewirkt und besonders den Industrietransfer hervorgerufen. Man hat es erlebt, wie die alten kapitalistischen Gesellschaften ihren Ursprungsort verlassen und dem Profit um jeden Preis selbst bis hin zum anderen Ende der Welt nachgelaufen sind. Dies ist ein Gesichtspunkt von augenblicklichem und lokalem Interesse, den ich sehr gut verstehe. Im Hinblick auf das allgemeine nationale Interesse und schließlich auch auf das Gesellschaftssystem selbst war dies vielleicht kurzsichtig.

Wie dem auch sei, diese Entwicklungen haben sich vollzogen, und die Inflation und die Arbeitslosigkeit sind aus dieser Lage entstanden. Wenn wir nun von Aktuellem sprechen wollen, so hat das Ende der Abkommen von Bretton Woods, der Donnerschlag der Entscheidungen Nixons vom Jahr 1971, eine westliche Welt geschaffen, wo jeder sich selbst verteidigt, wo das „Jeder für sich“ Vorrang hat, wobei die beherrschende Währung, der Dollar – er war sie nicht immer und wird sie auch nicht immer sein –, manchmal sehr zusammenhanglos und mit in unseren Wirtschaften Unordnung stiftender Wirkung ihr schlimmes Spiel getrieben hat. Dann kam der erste Ölchock 1973-1974 und der zweite von 1978-1979. Heute erleben wir – wenn es auch schwer ist, allzu genaue Vorhersagen auf weite Sicht zu machen – das Fallen der Ölpreise. Man kann nicht sagen, dass es eine Katastrophe ist, wenn die Ölpreise steigen, wie man auch nicht sagen kann, dass es eine Katastrophe ist, wenn sie sinken. Aber unsere Wirtschaften sind so gut „verschnürt“, dass man schließlich so argumentiert, wie man es tut, das heißt, man ist immer im Verzug. Was nun die Heilmittel anbelangt, so liegen die Dinge etwas unterschiedlich, obwohl das Feld möglicher Lösungen nicht so weit gesteckt ist. Ich bin aus den Reihen des Sozialismus hervorgegangen, doch vertrete ich als Präsident der Republik ohne jeden Unterschied Frankreich, also Frankreich und alle Franzosen. Ich lasse mich notwendigerweise von einer gewissen Anzahl von Wahlmöglichkeiten, die mir das Vertrauen der Franzosen einbrachten, inspirieren, und ich denke, ich brauche mich zum Beispiel nicht auf Keynes zu berufen. Nicht er nimmt meinen ganzen Geist gefangen. Viel Zeit ist seit Keynes verflossen, wenn er auch eine Zeit lang und zu einer im Hin-

blick auf eine andere Krise entscheidenden Zeit einen großen und wichtigen Beitrag geleistet hat. Ich muss auch zugeben, dass auch nicht Herr Friedmann mich zu seinen begeisterten und engagierten Anhängern zählen kann.

Ich kenne jetzt Deutschland, die Lehrsätze seiner Führungspersönlichkeiten und ihre Art, an die Probleme heranzugehen, ziemlich gut. Bei den Debatten – und man debattiert oft über diese Fragen – sage ich nur, dass man sehr gut Acht geben muss. Der ideale Staat, in dem man sich nicht erkältet, nicht hustet, kein Fieber hat, keinen Liebeskummer hat und auch nicht vom Pferd fällt, wo man keinen Autounfall hat, dieser ideale Staat, in dem einem niemals etwas zustößt, wo man leicht dahinleben kann, wo das Geld nicht an Wert verliert, keine Abwertung in Sicht ist, das ist der Tod. Man sollte sich davor hüten, eine feste Politik, die die Antriebsfedern der Wirtschaft erkennt und sie streng kontrolliert – denn Strenge steht auf der Tagesordnung –, falsch zu beurteilen. In Wirklichkeit wäre sie nur der Ausfluss der Rezession: Der Kranke macht keine unüberlegten Ausgaben mehr, aber hat man ihn von seinem Laster geheilt, d.h. von der Verschwendung? Nein, weil er kein Geld hat, tut er es nicht. Auch der Atem ging ihm aus. Er ist sogar nicht mehr gesund genug, um sein Haus zu verlassen. Er liegt im Bett, er öffnet kein Fenster, denn es könnte ja einen Luftzug geben. Oft fürchte ich, dass unsere Wirtschaftler die Tugend einer strengen Wirtschaftsführung nur unter der Bedingung predigen, unsere Gesellschaften in ein Gefäß einzuschließen, wo es nur klimatisierte oder überhaupt keine Luft gibt.

Ich möchte daher die These vertreten und auch darlegen, wonach man – wie im Leben überhaupt – etwas riskieren muss. Man soll auch hier zwar nicht übertreiben, denn sonst endet man beim Tod. Man sollte also die Lebensreise mit gesundem Menschenverstand antreten und weitergehen und dabei auch der Lage eines jeden anderen Rechnung tragen.

Ich werde in einem befreundeten, aber fremden Land besonders der französischen Innenpolitik keinen Prozess machen, aber es gibt einfach Gegebenheiten, die Sie kennen müssen. Frankreich, das mir zu führen auferlegt ist, bewegte sich im Mai letzten Jahres bei der Inflation um 14 Prozent herum und sogar noch darüber, wenn man in Rechnung stellt, dass die Preise für die öffentlichen Verkehrsbetriebe seit Beginn des Jahres 1981 nicht angepasst worden waren. Am Ende des Jahres lag die Inflation leicht unter 14 Prozent, wenn man das gleiche Phänomen berücksichtigt, d.h., dass wir zwei Tarifierhöhungen, und zwar diejenige vom Januar und diejenige vom Juli, integrieren mussten.

Glückliche Deutsche! Wenn ich die Zahlen dieser letzten Jahre vergleiche. Verdienstvolle Deutsche! Denn auch Sie haben kein Öl und müssen viel kaufen. Ihre Politik hat also unbestreitbare Verdienste bei Ihrem hohen Lohnniveau und bei einem trotzdem immer noch feststellbaren Wachstum. Ich will Sie nicht zum Modell nehmen, möchte aber nur sagen, dass dank Ihres Vorgehens Ihre Inflationsrate, die noch vorhanden, aber im Verhältnis zu den anderen doch schwach ist, Ihnen auf dem Weltmarkt eine bessere Konkurrenzfähigkeit verleiht als den anderen. So werden Sie nach gewisser Zeit auch in der Lage sein, gegen den letzten Rest von Inflation und gegen ein Wiederanwachsen der Arbeitslosigkeit wirksamer anzukämpfen. Dies ist unbestreitbar. Dieses Ziel strebe auch ich an, um schließlich auf 13 Prozent, elf Prozent, zehn Prozent und acht Prozent zu kommen. Wir werden sehen.

Vorhin habe ich mit Helmut Schmidt gesprochen, und er sagte mir: „Warum nicht fünf?“ Aber es gibt Grenzen. Man sollte sich davor hüten, in unseren Gesellschaften Toleranzgrenzen zu überschreiten. Allzu oft, und dies ist meine eigene Überzeugung, meine politische Wahl, die ich ausdrücke, nenne man strenge Wirtschaftsführung jene berüchtigte Strenge, die in Wirklichkeit nur eine soziale Härte ist.

In Frankreich haben die strengen Zeiten einen weiten Ruf. Reden wir von der Vergangenheit! Ich denke z.B. an die Herren Poincaré und Pinay, aber ich hüte mich, noch weiter zurückzugehen. Man hat den Eindruck, sehr streng zu sein, wenn man die sozialen Schichten, die nicht für sie stimmen, d.h. die Masse der Lohnempfänger, der kleinen Leute, mit Abgaben und Steuern belegt, sich aber hütet, dies bei den anderen, d.h. den Begüterten, zu tun. Dies

ist keine Strenge auf wirtschaftlichem, sondern auf sozialem Gebiet, immerhin eine Härte. Natürlich neigt eine andere Regierung zu der Annahme, dass es nun genug sein muss, seit den Anfängen der kapitalistischen Gesellschaft immer die gleichen sozialen Schichten als Nutznießer eines Staates zu sehen, der für sie schließlich ein Privileg war, und dass man dieses Mal vielleicht etwas mehr zur sozialen Gleichheit beitragen sollte. Deshalb hat diese Regierung Maßnahmen ergriffen, die hier und da manchmal streng beurteilt werden, wie z.B. die Besteuerung großer Vermögen und ein wenig des Kapitals, die bisher in Frankreich nicht existierten, obwohl sie in großen kapitalistischen Ländern der Welt, wie Sie wohl wissen, praktiziert wird.

Die französische Inflationsrate ist stark. Es ist absolut notwendig, dass die zurzeit ergriffenen und die noch zu ergreifenden Maßnahmen Frankreichs unabweisbar eine vernünftige Konkurrenzbasis in der Welt haben. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht die Schwelle der für eine Gesellschaft erträglichen Arbeitslosigkeit überschreiten. Dies gilt nicht für fünf oder zehn Jahre, sondern für gleich. Ich wünsche keine simple streng antiinflationäre Praxis, von der ich weiß, dass sie bei ihrem Gelingen in einigen Jahren eine schnellere Entwicklung unserer Industrie ermöglicht als heute, aber in der Zwischenzeit eine Toleranzgrenze überschreiten würde. Wo liegt nun diese Toleranzschwelle? In Frankreich: zwei Millionen Arbeitslose. In Deutschland haben Sie, glaube ich, weniger. Ich möchte nicht, dass Sie mit diesem „Vorschritt“ Bekanntschaft machen, den andere Länder kennen, die Vereinigten Staaten von Amerika beginnen damit, Großbritannien erlebt ihn vollkommen, und das sind die Einzigen.

Wir müssen notwendige Konkurrenzfähigkeit erlangen, die eine radikale Senkung der französischen Inflationsrate zur Bedingung hat, wir müssen dies aber in einem Tempo tun, dass die Intoleranzgrenze nicht erreicht wird, die aus dieser Wirtschaftspolitik eine Politik der Rezession machen würde mit der Folge der Schließung unserer Baustellen und Fabriken. Übrigens weiß ich nicht, wie wir das erwünschte Resultat erzielen können: Wir hätten in der Zwischenzeit das Instrument zerbrochen. Hierin beruht unsere Schwierigkeit im Hinblick auf die Gewohnheiten Frankreichs, die nicht immer gute Gewohnheiten sind, aber es sind eben diejenigen, die wir angetroffen haben.

Sehen Sie, eine der großen Schwierigkeiten für die Volkskräfte, wenn sie an die Macht kommen, ist diejenige, dass sie nach einer Niederlage, ohne die sie es nicht erreicht hätten, an die Macht kommen. Scheitern bei den Wahlen, als Folge eines Scheiterns der Wirtschaftspolitik der konservativen Kräfte. Dies ist eben so. Die Kräfte, die die französische Regierung darstellen, müssen nun in die Lage versetzt werden, das Nationalvermögen in einem Augenblick, wo es sich der Nullgrenze nähert, in größerem Rahmen zu verteilen. Man muss also mehr Gerechtigkeit wiederherstellen, d.h. besser verteilen, während es weniger zu verteilen gibt. Und wenn man sagt: „Aber die Linke kann in Frankreich nicht länger als zwei Jahre an der Macht bleiben – Beispiel: Das Kartell der Linken von 1924, die Volksfront von 1936“, so verstehen Sie schnell den Vergleich mit der heutigen Zeit. Ich sage ja, es ist wahr, diese Kräfte, diese sozialen Schichten haben eine enorme Verantwortung und eine ungeheure Aufgabe, da sie diese größere soziale Gerechtigkeit unbedingt gewährleisten müssen.

Es ist unerlässlich, dass die Arbeiter und Erzeuger einen gerechten Anteil an der Produktion, die sie selbst erzeugen, erhalten, aber dies erschwert wohlverstanden auch die zu ergreifenden Maßnahmen einschließlich auf dem Gebiet des Fiskus.

Uns liegt dieses Werk indessen sehr am Herzen. Es fehlt uns weder an Willen noch an Optimismus, ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, denen wir begegnen werden. Da wir aber nun eine Erbschaft angetreten haben – und ich habe im gegebenen Moment von den Verlusten gesprochen –, so muss ich jetzt auch von den Vorteilen reden. Ja, wir haben auch Institutionen geerbt. Es sind nicht unbedingt diejenigen, für die ich persönlich gestimmt habe, aber sie waren da, als ich gewählt wurde. Diese Institutionen, von denen ich glaube, dass sie nicht dafür vorgesehen wurden, erlauben mir, über einen Zeitraum von sieben Jahren zu verfügen. Während dieser Zeit kann ich eine Poli-

tik treiben, die bisher nach zwei Jahren abgebrochen wurde anlässlich von nicht ganz genau vergleichbaren, aber geschichtlich die gleiche Orientierung aufweisenden Experimenten.

Es gibt also den Faktor: französische Institutionen, die dem Präsidenten der Französischen Republik, ausgestattet mit einer absoluten Mehrheit, zumindest in der Regierung, und unterstützt von einer Politik, die dank der absoluten Mehrheit in unserer Nationalversammlung gewährleistet ist, für seine Politik Zeit lässt. Man darf diese Zeit nicht vergeuden, man muss sie nützen. In diesem Sinne haben wir langsamere Etappen als Sie gesetzt. Dies ist eine Gefahr, aber dieser Rhythmus ist von unserem Organismus auferlegt. Ohne ihn käme es zur Zerreißprobe in einer anfälligen Gesellschaft wegen einer aus tiefer sozialer Ungleichheit geborenen Erbitterung.

Ich werde gleich zum Ende kommen. Ich habe die Zeit, die mir zugeteilt war, schon überschritten. Aber sehen Sie, diese Themen interessieren mich, und ich bin auch daran interessiert, bei Ihnen zu sein, und habe nicht gezögert, Ihre Geduld zu strapazieren.

Als einen sehr wichtigen Anhaltspunkt auf dem Gebiet des Haushalts möchte ich vor Ihnen, den hier Verantwortlichen, auf den so genannten „französischen Haushalts-Blutverlust“ eingehen. Ich möchte Ihnen sagen, dass Frankreich gegenwärtig das kleinste Budget-Defizit aller Industrieländer der Welt hat. Was den Haushalt und das soziale Budget anbelangt, drei Prozent des Bruttosozialprodukts. Infolge der Maßnahmen zur Erreichung einer größeren sozialen Gerechtigkeit, wie z.B. durch Ankurbelung des Verbrauchs, aber auch durch Maßnahmen zur Ermutigung produktiver Investitionen, wird uns diese gegenwärtige Tendenz auf 3,5 Prozent bringen. Hier liegt nun die Gefahr. Während Deutschland, das sich um vier Prozent herum bewegt, Maßnahmen ergriffen hat, um auf 3,5 Prozent seines Bruttosozialprodukts zu kommen. Ich will nun nicht, dass sich diese Tendenz bestätigt. Eines der in den nächsten Monaten, d.h. zwischen Juli und Oktober, zu bewerkstellenden Dinge wird ganz rigoros die Beibehaltung des Haushaltsdefizits um drei Prozent herum sein, wobei zu berücksichtigen ist, dass unser Land als einziges in der westlichen Welt ein wirtschaftliches Wachstum aufweisen kann. Ich hoffe, es wird mehr als zwei Prozent sein. Wir möchten gerne an drei Prozent herankommen. Im Vergleich zu anderen Ländern, die teils über null, teils um null herum liegen, und zwar ist dies bei den meisten der Fall, ist dies eine beachtliche Leistung. Natürlich erhalten wir durch dieses Wachstum neue Einkünfte, und aufgrund dieser Tatsache sage ich auch, dass wir unser Haushaltsdefizit auf drei Prozent halten werden.

Wirtschaftlichkeit beim Staatshaushalt, Wirtschaftlichkeit beim Sozialbudget, dies ist unsere Hauptsorge. Ich weiß nicht, ob dies nicht auch die Ihre ist, meine deutschen Freunde. Über das notwendige Sozialbudget, das auch oft unkontrolliert ist, beugen sich gegenwärtig unsere besten Spezialisten, unsere Verantwortlichen in der Regierung. In den kommenden Wochen wird das Ergebnis der Prüfungen bekannt werden. Es ist richtig, dass wir unsere Lohnkosten überprüfen müssen. Wir müssen alle Gegebenheiten, die mit der Produktion zusammenhängen, überprüfen und darüber wachen, dass nichts abgleitet. Aber Folgendes ist zu betonen, liegt mir am Herzen: Inflation, hier ist die Richtung bestimmt; Arbeitslosigkeit etwa neun Prozent unserer Produktionskraft. Wir haben alle Maßnahmen besonders auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung ergriffen, deren Inhalt ich Ihnen kurz nennen will: freiwilliger Ruhestand mit 60 Jahren, fünfte Woche bezahlten Urlaubs, die schon in den meisten großen Unternehmen Frankreichs praktiziert wird, 39-Stunden-Woche, Teilzeitarbeit, Solidaritätsverträge. Wir kämpfen gegen eine Beschleunigung des Anwachsens der Arbeitslosigkeit, und wir wollen die Ausbildung fördern.

Hier haben wir Deutschland als Modell genommen. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere jungen Leute von 16 Jahren an nicht auf den Arbeitsmarkt geworfen werden, ohne eine Ausbildung von mehreren Jahren genossen zu haben, die sie befähigt, sich mit den neuen Technologien vertraut zu machen.

Schließlich wollen wir eine starke Investitionspolitik betreiben, und dies wird der letzte Punkt meiner Ausführungen sein. Wir haben festgestellt, dass

die privaten Investitionen in Frankreich nicht zugenommen haben, es sei denn nur um ein Prozent seit 1976, was ein bei den meisten Industrieländern feststellbares Phänomen ist, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika. Demgegenüber hatten die öffentlichen Investitionen um 52 Prozent zugenommen, was auch nicht beträchtlich, aber immerhin besser ist.

Wir haben daraus nicht den Schluss gezogen, dass wir die französische Produktion von nun an kollektivieren müssten. Ich erinnere mich noch an diesen Politiker eines befreundeten Landes, der einem meiner Freunde, als wir in Ottawa waren, voller Angst die Frage stellte: „Aber sagen Sie mir doch, Sie wissen ja, dass ich Ihr Freund bin, erklären Sie mir während dieses Essens den Unterschied der französischen Wirtschaft von François Mitterrand und der sowjetischen Wirtschaft.“ Selbstverständlich hätten sie sich monatelang Mittag- und Abendessen geben können, um nützliche Vergleichspunkte zu finden. Nein, wir denken, dass auf bestimmten Gebieten, wo Monopole bestehen, wo sich die Tendenz zum Monopol entwickelt, und da, wo die Konkurrenz praktisch verschwunden ist, wenigstens auf unserem nationalen Territorium wollen wir, dass die Investitionen gelenkt werden, dass sie stark und produktiv sind. Und wenn wir sagen, dass wir unseren Markt zurückerobern wollen, was sagt man da in Deutschland? Man sagt: „Sie wollen Protektionismus einführen.“

Und man täuscht sich. In Frankreich gibt es nicht mehr Protektionismus als in den Konkurrenzländern. Ich verlange, dass man auf den nächsten internationalen Konferenzen die Gesamtheit der protektionistischen Maßnahmen unter Einschluss derjenigen, die nicht gesetzmäßig verankert sind, aber tatsächlich existieren, zur Debatte stellt. Ich würde dann fragen – um nur von den Abwesenden zu reden –, warum ein französischer Industrieller drei oder vier Jahre in Japan benötigt, um über Genehmigungen, Liebeshwürdigkeiten und Begeisterungen einen Joghurt-Topf zu verkaufen. Und ich würde auch fragen, warum gerade vor Weihnachten die französischen Truthähne von einer Krankheit befallen werden, ganz plötzlich von einer seltsamen Krankheit, so dass die Genehmigungen erst im Februar erteilt werden. Und ich würde Deutschland fragen ... doch halten wir hier ein!

Ich möchte damit nur sagen, dass wir unsere Protektionismen auf den Tisch legen sollten. Was kann man Frankreich vorwerfen? Die drei Prozent, auf die mein Vorgänger die Einfuhr japanischer Waren begrenzt hat? Ich frage Sie. Hat die Europäische Gemeinschaft es kürzlich in Brüssel nicht für gut befunden, den Schutz der gesamten europäischen Länder auf diesem Gebiet, falls erforderlich, in Erwägung zu ziehen? War die Frage nicht von allen meinen Partnern gestellt worden? Da ich der Suspekteste war, bin ich auch der Diskreteste gewesen. Aber ich habe die anderen gehört. Ich weiß, was ich davon halten soll.

Andererseits, wenn es um Anleihen geht im Angesicht der Drohungen durch die unvernünftigen amerikanischen Zinssätze, wäre es verboten, sich zwei Anleihsysteme vorzustellen. Diejenigen, die man uns von außen auferlegt, und diejenigen, die wir in unserer Binnenwirtschaft praktizieren würden! Es wäre uns verboten festzustellen, dass Frankreich die größten Wälder Europas besitzt, während sein größter Defizit-Posten – nach dem Öl – das Holz ist. Was, wir sollten nicht unseren Wald besser verwenden können, um nicht im Ausland kaufen zu müssen und damit unser Handelsdefizit senken zu können? Dies sollte verboten sein? Wir sollten nicht dafür sorgen können, dass sich die Werkzeugmaschinenindustrie entwickelt? Dies sollte verboten sein? Wir wollen unseren Binnenmarkt zurückgewinnen nicht durch Vorzugsprotektionsmaßnahmen, sondern durch eine bessere Anpassung unserer Produktion an die Verbrauchernachfrage. Wir haben die Absicht, dies im Rahmen unserer Unabhängigkeit auch weiterhin zu tun.

Wenn man sich über Kategorie-Maßnahmen, besonders auf dem Gebiet der Textilien, der Kleidung, des Spielzeugs oder der Möbel, beklagt mit dem Vorwurf: „Frankreich erobert seinen Binnenmarkt mittels des Protektionismus zurück“, so antworte ich, dass wir dies nur im Rahmen von Diskussionen, die mit der Gemeinschaft abgesprochen waren, getan haben und dass wir nicht im Widerspruch gehandelt haben, und sollte man mir einen Widerspruch bekannt machen, so bin ich bereit, darüber zu diskutieren, aber wir handeln

nicht gegen diese Gemeinschaft.

Wir wollen investieren. Wir beginnen damit, und wir werden es im Rahmen kaufmännischer Ehrenhaftigkeit tun. Ich weiß nicht, woher das Gerücht stammt, dass wir von unseren Banken, ich weiß nicht wie viel Geld, zurückzögen, als ob man einen willkürlichen Vorgriff unternähme, um unsere Industrien zu unterhalten. Was sollen solche Gerüchte, die nur dazu angetan sind, den Kredit Frankreichs zu ruinieren?

Was, es sollte Frankreich verboten sein, die Politik zu führen, die es zu führen sich vornimmt, weil es eine Art internationaler Bestimmung gebe, die verbietet, ein demokratisches Land zu regieren? Sie können sich wohl vorstellen, dass ich zu keinem Zeitpunkt dieser Art von Verschwörung auch nur im Geringsten weichen würde, wenn sie sich jemals zeigen sollte. Frankreich ist ein Land, wo die Freiheiten schon ein sehr weites Feld hatten und wo sie noch im Laufe der letzten Monate erweitert wurden.

Sie können sich gut vorstellen, dass Frankreich, eine echte Demokratie, die alle Verpflichtungen gegenüber den Konventionen der Menschenrechte streng beachtet, die die Freiheit der Konkurrenz zu achten versteht, die das große Spiel des internationalen Handels zu spielen weiß, auch versteht, sich mit dem notwendigen Instrumentarium zu versehen. Ja, ist dies die Wiedereroberung des Binnenmarktes, wenn man einen Plan für die Atomenergie hat, die uns im Jahr 1990 erlauben wird, mit 50 Prozent unserer Produktion von Auslandskäufen unabhängig zu sein? Wer sollte uns dies vorwerfen? Man beginnt sogar, uns darum zu beneiden.

Dies habe ich versucht, Ihnen, meine Damen und Herren, darzulegen. Wir wissen wohl – und dies sind meine letzten Worte –, dass nichts von dem, was wir tun, eine wirkliche Ausstrahlung bekommt, wenn dies nicht gemeinsam unternommen wird, und zunächst zusammen mit unseren nächsten Nachbarn, unseren Freunden. Deshalb habe ich vom „espace européen social“ (vom Europäischen Sozialraum) gesprochen, aber man könnte auch ebenso gut von einem „technologischen Raum“ sprechen. Schon können wir große Erfolge aufweisen. Glauben Sie nicht, dass wir im Hinblick auf die Entwicklungen auf dem Gebiet von Informatik oder Elektronik, im Hinblick auf die Errungenschaften bei der Telekommunikation fähig wären, wir Deutsche, Franzosen und einige andere, unseren direkten Konkurrenten mit loyaler Konkurrenz zu besiegen? Wir haben schon ein Weltzentrum für die Mikro-Informatik geschaffen. Ich war in Japan; wir hatten dort ein Symposium organisiert, an dem unsere größten Industriellen teilnahmen, unsere größten Wissenschaftler und Forscher zusammen mit ihren japanischen Kollegen, und wir haben festgestellt, dass wir bei einer großen Anzahl von Erzeugnissen, vielleicht bei 40 Prozent, ihnen voraus waren. Die Japaner haben dies auch festgestellt. Sicherlich haben wir nicht den Handelsgeist der Japaner, aber wir hatten die Fähigkeit zu produzieren und schöpferisch tätig zu sein genauso wie sie.

Ich habe viele Themen, die auf meinem Papier standen, beiseite gelassen, insbesondere die kulturellen Ambitionen. Und doch, so glauben wir, werden wir über die Kultur, Ausstattung, Produktiv-Investition, Forschung, Bildung, gerade durch die Forschung, der wir jetzt zweieinhalb Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes zukommen lassen, durch die Kultur, der wir ein Prozent unseres Produkts zukommen lassen werden, den Reichtum der Intelligenz, die Fähigkeit zu Wissen und zur Erkenntnis entwickeln.

Und schließlich wird der Sieg über die Wirtschaftskrise, durch die Produktion, den Handel erzielt werden. An der Spitze aber steht die Bildung des Menschen. Die Bildung und die Fähigkeiten des Menschen haben eine lange Geschichte, stehen am Anfang der Zukunft, auch der Forschung, der Kultur. Daraus erklärt sich auch unser Bestreben, die Erfindungsfähigkeit und den Übergang von der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung mit all ihrem Reichtum an Kultur zu unserem Hauptinstrument zu machen.

Wenn ein Franzose dies zu Deutschen sagt, so hat er das Gefühl, verstanden zu werden, denn es gibt kaum eine Stadt, kaum ein Dorf in Deutschland, wo das Echo, die Resonanz des kulturellen Lebens nicht auf der höchsten Stufe dessen, was der menschliche Geist zu erfinden fähig war, steht. ■